

Quelle: 03.04.2019 meinbezirk.at online

https://www.meinbezirk.at/eisenstadt/c-lokales/was-die-landtagsabgeordneten-zur-a3-verlaengerung-sagen_a3302220

Autobahn

Was die Landtagsabgeordneten zur A3-Verlängerung sagen



- Die Verlängerung der A3 zur Grenze bei Klingebach soll nur im Einklang mit den betroffenen Gemeinden erfolgen – da ist sich der Landtag grundsätzlich einig.
- Foto: BI Großhöflein
- hochgeladen von [Franz Tscheinig](#)

EISENSTADT (ft). Im Landtag wurde in der Vorwoche nicht nur der neuerliche Beschluss gefasst, die Verlängerung der A3 Autobahn bis zur Grenze bei Klingebach nur mit der Zustimmung der betroffenen Gemeinden zuzulassen. Die Landtagsabgeordneten sorgten mit ihren Ausführungen auch für den ein oder anderen Gesprächsstoff. Die Bezirksblätter haben zugehört.

Hinweis: Die unten angeführten Ausführungen entsprechen nicht dem genauen Wortlaut der Abgeordneten. Die Videos der einzelnen Reden sind [hier unter dem Punkt 16](#) abrufbar.

Manfred Kölly (LBL):

"Es gibt 50 km Einsparungspotenzial von Deutschkreutz nach Eisenstadt und in Ungarn ist man schon sehr weit fortgeschritten mit dem Bau der Autobahn. Natürlich muss der Schutz der Bevölkerung gewährleistet sein, zum Beispiel mit einer Untertunnelung oder einer

Lärmschutzwand. Ich denke, dass die Asfinag genug Geld hat, um entsprechende Maßnahmen zu setzen. Es gibt also Bedarf, sich seitens der Landesregierung einzusetzen."

Regian Petrik (Grüne):

"Es ist nun mal eine Tatsache, dass steigender Verkehr die Umwelt mehr belastet. Das Verkehrsproblem lösen wir nur mit weniger Transitverkehr. Wir Grünen haben uns schon vor mehreren Jahren gegen eine Verlängerung der A3 bis zur Grenze ausgesprochen. Es geht nicht nur um Lärm, sondern auch um die Gesundheit der Bevölkerung. Die Bevölkerung der Anrainergemeinden muss eingebunden werden. Hier haben sich auch die Bürgerinitiativen sehr verdient gemacht. Es ist völlig klar, sobald es diesen Lückenschluss gibt, werden wir im Bezirk ein erhöhtes Transitaufkommen haben, das wäre dann gar nicht zu vermeiden, weil der Verkehr von hochrangigen Straßen angezogen wird. Es muss jetzt noch geklärt werden, was unter einer demokratischen Ablehnung der betroffenen Gemeinden zu verstehen ist – müssen alle Gemeinden ablehnen? Gibt es einen Minderheitenschutz? Aber es ist schön zu sehen, dass ein kleines grünes Pflänzchen den Beton aufbrechen kann."

Gezá Molnár (FPÖ):

"Es ist heute mittlerweile der vierte Antrag und die vierte Debatte über die A3-Verlängerung. Tatsache ist, dass es niemanden gibt, der über die geplante Verlängerung in Jubel ausbricht, auch die Freiheitlichen nicht. Ja, eine Verlängerung würde nicht für weniger Verkehr sorgen, wobei es auch vielmehr um die Frage geht, wo leiten wir den Verkehr durch? Daher haben wir uns als Koalitionspartner schon am 1. März 2018 darauf verständigt, nicht gegen den Willen der Gemeinden zu handeln. Wir schließen uns aber nicht dem Wunsch der Grünen an, die das Projekt endgültig beerdigt haben möchten. Tatsache ist, dass der Verzicht auf die Verlängerung auch negative Konsequenzen haben wird. Der Verkehr wird mehr werden, ob es uns passt oder nicht. Unser Ziel ist es deshalb, eine gemeinsame Trassenlösung zu finden – natürlich mit den Anrainer-Gemeinden. Ein Verzicht der Verlängerung könnte bedeuten, dass wir in ein paar Jahren wieder im Landhaus stehen und um eine straßenbauliche Entlastung der Gemeinden bitten, weil diese im Verkehr ersticken. Eine gehörige Portion Realismus und Weitblick sind also schon gefragt."

Christoph Wolf (ÖVP):

"Bei diesem Thema geht es nicht um Parteipolitik, sondern um die Region und die Lebensqualität der Bürger. Wir fordern die Einbindung der Betroffenen, wir wollen Volksbefragungen in den betroffenen Gemeinden, so wie es sie schon 2009 in Wulkaprodersdorf gegeben hat, wo 90 Prozent dagegen waren. Wir haben dazu schon vor einem Jahr einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Es darf keine Autobahnverlängerung ohne Einbindung der Bevölkerung geben. Rot-Blau ist da geteilter Meinung, auch innerhalb der FPÖ ist man da scheinbar geteilter Meinung. Was den Lärmschutz betrifft, ist die Rechnung sehr einfach: Die Asfinag hat sich für den Lärmschutz bekannt, wenn das Land mitzahlt. Das heißt, wenn hier im Landtag jeder sagt, wir brauchen den Lärmschutz auf der A3, dann muss das Land diesen einfach bezahlen und morgen kann der Lärmschutz-Bau starten. Aber unterm Strich scheitert es scheinbar am Interesse der Umsetzung seitens der Landesregierung."

Wolfgang Sodl (SPÖ):

"Grundsätzlich sind wir alle bestrebt, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Es gibt Arbeitnehmer, die auf das Auto angewiesen sind. Natürlich würde eine Verlängerung mehr Transitverkehr bedeuten. Seitens der Asfinag wird es aber nur im Einvernehmen mit den

betroffen Gemeinden geschehen. Alle Möglichkeiten zum Schutz der Bevölkerung werden in die Planung miteinbezogen und es wird nicht über den Köpfen der Betroffenen entschieden."

Alexander Petschnig (FPÖ):

"Ich glaube, es wird niemanden verwundern, wenn ein wirtschaftspolitischer Verantwortlicher für den Bau einer modernen Straßeninfrastruktur ist. Wir wissen seit den Zeiten des Römischen Reiches, dass es dort wo es hochrangige Verkehrsverbindungen gibt, Handel, Arbeitsplätze und Wohlstand gibt. Und das ist ja auch das, was wir letzten Endes haben wollen. Argumente wie erhöhtes Verkehrsaufkommen sind für mich nicht wirklich stichhaltig, denn es gibt ja ein Gesamtverkehrsaufkommen und es halt die Frage, wie sich das verteilt. Ökologisch ist es halt die Frage, ob es sinnvoll ist, dass Lkws, die ja heute schon unterwegs sind, einen Umweg von 30, 40 oder 50 Kilometer machen. Die Forderung, dass die Betroffenen eingebunden werden, sind natürlich ok. Der Schutz der Lebensqualität der Betroffenen ist ebenso klar, gilt aber nach meiner Überzeugung nicht nur für die fünf Gemeinden im Bezirk EU, sondern auch für die Gemeinden in Mattersburg, Oberpullendorf und Neusiedl am See."

Autor:

[Franz Tscheinig](#) aus Eisenstadt